

Was für eine Wirtschaft hat Russland?

Lane, David

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lane, D. (2006). Was für eine Wirtschaft hat Russland? *Russland-Analysen*, 107, 2-6. <https://doi.org/10.31205/RA.107.01>

Nutzungsbedingungen:

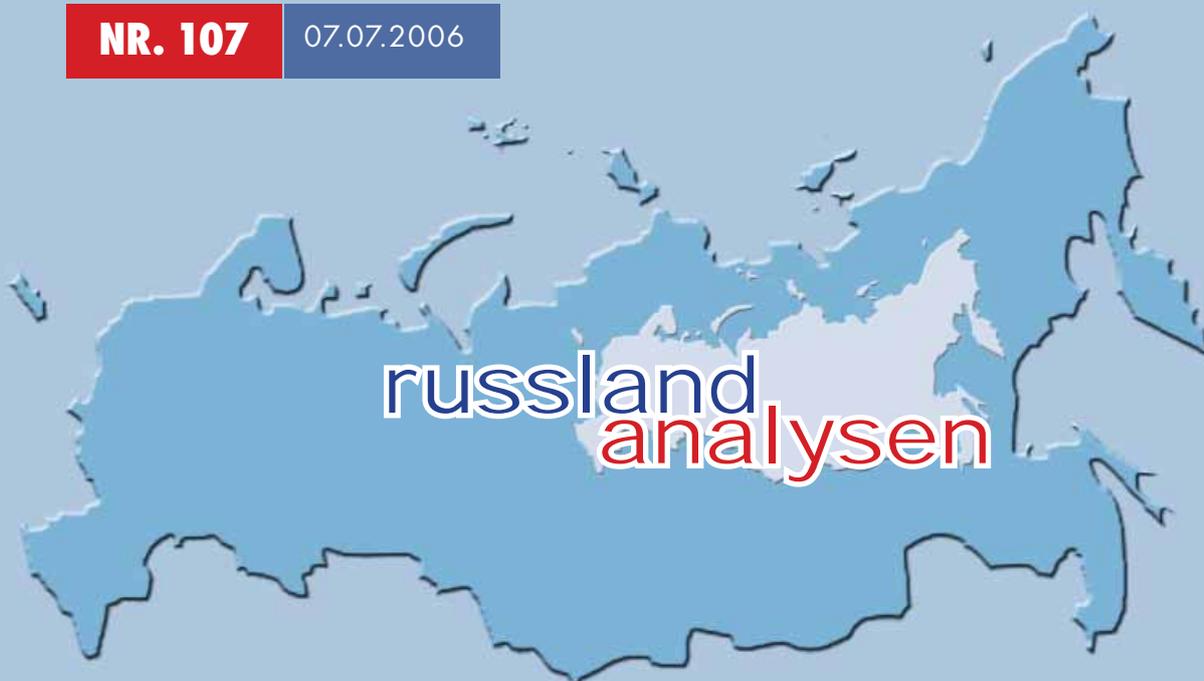
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



RUSSLANDS KAPITALISMUS SOZIALPOLITIK UND ÖFFENTLICHE MEINUNG PETERSBURGER G8 GIPFEL

- | | | |
|--------------------|---|----|
| ■ ANALYSE | Was für eine Wirtschaft hat Russland? David Lane, Cambridge | 2 |
| ■ TABELLE ZUM TEXT | Die russische Wirtschaft im internationalen Vergleich | 7 |
| ■ ANALYSE | Die russische Sozialpolitik im Spiegel der öffentlichen Meinung.
Matthes Buhbe, Moskau | 8 |
| ■ KOMMENTAR | G8 in St. Petersburg – mehr als ein Fototermin? Heinrich Vogel, Köln | 12 |
| ■ UMFRAGE | Russland und die Welt. Meinungsumfragen im Vorfeld
des G8-Gipfels in St. Petersburg | 13 |
| ■ CHRONIK | Vom 29. Juni bis zum 6. Juli 2006 | 18 |

Die „Russlandanalysen“ machen im Juli und im August Sommerpause. Die nächste Nummer erscheint am 8. September 2006.

Analyse

Was für eine Wirtschaft hat Russland?

Von David Lane, University of Cambridge

Zusammenfassung

Während oft betont wird, dass Russlands Wirtschaft unter Präsident Putin dynamisch wächst, deutet eine Analyse von Investitionen und Kredit darauf hin, dass Russland nicht die interne Dynamik für Akkumulation und Wachstum besitzt. Gleichzeitig ist die Aktienbörse nicht in der Lage wie im angelsächsischen Kapitalismusmodell eine Koordinationsfunktion zu übernehmen. Das Modell, das sich stattdessen in Russland entwickelt, ist eine korporatistische Wirtschaft unter Führung des Staates. Putins Ziel ist es nicht, das Marktsystem zu demontieren, sondern Politik zu machen, damit der Kapitalismus funktioniert. Wie die asiatische Form des Kapitalismus beweist, kann der Kapitalismus auch ohne eine demokratische Schale florieren.

Einleitung

Beim Amtsantritt des russischen Präsidenten Wladimir Putin dauerte der Umbau der ehemaligen staatssozialistischen Gesellschaften bereits zehn Jahre, und die Übergangsperiode war zu einer Konsolidierungsperiode geworden. Während dieser Zeit sind beachtliche Veränderungen in der russischen Gesellschaft und Wirtschaft geschehen, Veränderungen geradezu revolutionären Ausmaßes: Die Kommandowirtschaft wurde zerstört, an ihrer Stelle wurde eine Marktwirtschaft etabliert; die Preise von Waren und Arbeit werden vom Markt bestimmt, die Währung ist auf dem Weltmarkt konvertierbar, sodass die Wirtschaft ein Teil der Weltwirtschaft geworden ist; Staatsbesitz ist privatisiert worden. Die Wirtschaft ist jetzt aus einem kapitalistischen Guss. Eine Frage steht jedoch nach wie vor im Raum: Um welche Art von Kapitalismus handelt es sich im Fall der russischen Wirtschaft?

Kapitalismusformen

Klassische Denker wie Karl Marx und Max Weber unterscheiden zwischen verschiedenen Arten von „Kapitalismus“, insbesondere zwischen „politischem Kapitalismus“ und modernem Kapitalismus. Bei ersterem werden Möglichkeiten, einen Profit zu erzielen, aus „der Ausnützung von Krieg, Eroberung und dem Prärogativ der politischen Verwaltung“ (Weber) abgeleitet, also aus verschiedenen Formen der politischen Dominanz. Der moderne bourgeoise Kapitalismus gründet sich auf Privatbesitz an Produktionsmitteln und der kontinuierlichen Akkumulation von Kapital, das aus den Profiten entsteht, die durch den Markt erhalten werden. Die „Ethik“ des kapitalistischen Wirtschaftssystems, der Geist des Kapitalismus, verlangt den Verzicht auf Ausgaben für spontanes Vergnügen,

zugunsten regelmäßiger Reinvestitionen der Profite zur Akkumulierung von Kapital.

Selbst bei oberflächlicher Betrachtung der modernen Gesellschaften zeigen sich beträchtliche Unterschiede zwischen den institutionellen Strukturen und Prozessen ihrer sozialen und politischen Kohärenz und wirtschaftlichen Dynamik, die die unterschiedlichen Entstehungsgeschichten dieser Gesellschaften reflektieren, ob sie nun aus vorkapitalistischen Gesellschaften oder in der Neuen Welt entstanden. Es gibt viele unterschiedliche Kategorisierungen von Ländern nach Kapitalismusformen. Man kann zwischen vier Grundtypen des modernen Kapitalismus unterscheiden: liberale Marktwirtschaften (Großbritannien und die USA), nationale konsensual-koordinierte sozialdemokratische Wirtschaften (Dänemark, Schweden), korporatistische Marktwirtschaften (Deutschland und Japan) und ein asiatisches Kapitalismusmodell (Südkorea).

Das liberale Marktmodell findet sich in den „angelsächsischen“ Gesellschaften – USA, Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland. In diesen Ländern betreiben Firmen ihr Geschäft auf wettbewerbsorientierten Märkten auf allen Gebieten der Wirtschaft, wobei Preissignale, Angebot und Nachfrage wesentliche Wirtschaftsindikatoren sind. Derartige Wirtschaftssysteme zeichnen sich aus durch einen hohen Grad an Börsenkapitalisierung, einen niedrigen Arbeitnehmerschutz, eine hohe Beschäftigungsquote und große Einkommensungleichheit aus.

In den korporatistischen Wirtschaften werden Firmen durch viele Beziehungen außerhalb des Marktes koordiniert, wobei sich Netzwerke zum Austausch von privaten Informationen bilden, die kollaborative (d.h., nicht wettbewerbsorientierte) Beziehungen zwi-

schen Firmen umfassen. Deutschland und Japan sind Beispiele für solche Systeme. Sie zeichnen sich durch ein hohes Maß von Arbeitnehmerschutz und geringe Börsenkapitalisierung aus, feindliche Übernahmen sind relativ selten.

Die charakteristischen Kennzeichen des sozialdemokratischen Modells sind ein mittlerer Arbeitnehmerschutz, ein hohes Maß an sozialer Sicherung, weit verbreitete Umschulungsmaßnahmen für Arbeitnehmer und ein koordiniertes Verhandlungssystem für Löhne, wobei Arbeitnehmerorganisationen (Gewerkschaften) eine prominente Rolle spielen.

Das asiatische Modell ist sehr von den Geschäftsstrategien der großen Konzerne abhängig, die mit dem Staat und einem zentralisierten Finanzsystem zusammenarbeiten; die großen Konzerne sorgen auch für Stabilität, da sie Verantwortungsbewusstsein für ihre Angestellten entwickelt haben.

Während diese Modelle nützliche Werkzeuge sind, um kapitalistische Gesellschaften zu verstehen, gehen sie grundsätzlich von stabilen und etablierten Wirtschaften aus, die alle (wenn auch auf unterschiedliche Art und Weise) die Bestandteile eines modernen Kapitalismus als gemeinsame Kennzeichen aufweisen. Die Modelle berücksichtigen weder Transformationsgesellschaften, die aus nicht-kapitalistischen Systemen hervorgehen (wie in Mittel- und Osteuropa) noch industrielle Systeme, die auf nicht-kapitalistischer Grundlage funktionieren (wie in China).

Das sozialistische Erbe

Die ehemaligen kommunistischen Systeme wiesen Merkmale auf, die sie deutlich von denen anderer Transformationsländer, wie z.B. in Lateinamerika, unterschieden. Die Regierung spielte die Hauptrolle bei der Koordinierung der Wirtschaft, dadurch, dass Ressourcen in öffentlichem Besitz waren und Geldemission und Investitionen unter völliger staatlicher Kontrolle waren. Die Regierung bestimmte weitgehend Umfang der Beschäftigung, die Löhne und die Kapitalallokation.

Die Gesellschaften des staatlichen Sozialismus unterschieden sich von anderen Ländern der Dritten Welt dadurch, dass sie relativ hohe Einkommen und einen relativ hohen Entwicklungsstandard erreicht hatten. Ein bemerkenswertes Merkmal dieser Staaten war, dass der Human Development Index (HDI) einen sehr viel höheren Ranking als das Bruttoinlandsprodukt hatte, was darauf hindeutete, dass der Staat Ressourcen kanalisierte, um Ausbildung und Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Dies widerspiegelte die Schwäche des Marktes und die positive

Rolle des Staates, der Ressourcen für die menschliche Entwicklung verwendete. Das „Erbe des Sozialismus“ hinterließ daher eine Grundlage, die sich deutlich von derjenigen unterschied, von der aus westliche kapitalistische Gesellschaften sich entwickelten.

Es war eine große Herausforderung, ein kapitalistisches Wirtschaftssystem in solchen Gesellschaften einzuführen, umso mehr, da die führenden Reformer mit Unterstützung von westlichen Regierungen und internationalen Institutionen wie dem IWF ihre Gesellschaften schnell transformieren wollten, damit sie nicht in Stagnation verfielen. Das auch von den radikalen russischen Reformern der frühen 1990er Jahre bevorzugte Modell ist als „Washingtoner Konsensus“ bekannt geworden. Dieses Modell, das von John Williamson prägnant zusammengefasst wurde, beinhaltet die Einführung von Märkten für Waren, Vermögenswerte und Arbeit, ein geringes Maß an staatlicher Intervention in der Wirtschaft, die Öffnung für ausländische Wettbewerber, monetäre Stabilität und freie Wechselkurse.

Staatliche Aktivität sollte sich auf ein Minimum beschränken und nur die Regeln festlegen, nach denen der Neo-Liberalismus funktionieren sollte. Dies bedeutete für Russland, dass Staatsbesitz privatisiert wurde und wenig im Markt interveniert wurde. Der Rubel musste auf den Weltwährungsmärkten frei konvertierbar sein und Zölle mussten möglichst niedrig gesetzt werden, um ausländischen Wettbewerbern Zugang zu den russischen Märkten zu gewähren. Ein solches institutionelles Design schloss auch andere Formen des Kapitalismus aus, wie z.B. diejenigen, die sich in Deutschland, Korea, Japan oder Skandinavien entwickelt hatten.

Dies war die Theorie. Inwieweit war diese Politik erfolgreich und welche Art von Wirtschaftssystem ist unter Präsident Putin in Russland tatsächlich entstanden?

Die holprige Transformation

Als Putin 1999 an die Macht kam, war die Einführung des Marktes erfolgreich verlaufen; Preise waren umfassend liberalisiert worden und es blieb nur eine relativ kleine Anzahl von kontrollierten Preisen. Die Privatwirtschaft war für mehr als 60% des russischen BIP verantwortlich und 74% der Betriebe waren privatisiert. Mittlerweile hat Russland seine Marktwirtschaft konsolidiert.

Obwohl Russland die staatliche Planwirtschaft aufgegeben hat, gibt es nichtsdestotrotz noch viele Gebiete mit staatlicher Kontrolle und Produktion. Preise im Einzelhandel werden durch den Markt bestimmt, mit einigen Ausnahmen, von denen der

Energiesektor die wichtigste ist. In Hinblick auf die Privatwirtschaft ist Russland noch sehr weit von den fortgeschrittenen westlichen Gesellschaften entfernt, die in der diversen Kapitalismusliteratur beschrieben werden. Während ein großer Anteil der Betriebe privatisiert ist, sind viele Großbetriebe immer noch völlig oder teilweise in Staatsbesitz. 2003 waren Privatfirmen so nur für gut 50% der industriellen Produktion verantwortlich.

Die Wirtschaft ist noch weit davon entfernt, die Börse als Koordinationssystem zu benutzen – dies ist eine wesentliche Komponente des angloamerikanischen Modells. Grafik 1 zeigt die Börsenkapitalisierung als Anteil des BIP. 2003 lag Russland mit 53,3% über Ländern mit mittlerem Einkommen, aber sehr viel niedriger als Großbritannien (134%) und die USA (130%). Wenn man bedenkt, dass die großen börsennotierten russischen Unternehmen fast alle aus dem Energiesektor stammen, wird klar, dass eine Koordination der Wirtschaft durch die Börse nicht möglich sein kann.

Für ein dynamisches kapitalistisches System sind einheimische Bankkredite ein zentraler Faktor, da sie den Grad der Akkumulation anzeigen (so weit sie nicht für den Konsum verwendet werden). Grafik 2 (auf Seite 5) zeigt die auffallenden internationalen Unterschiede bei einheimischen

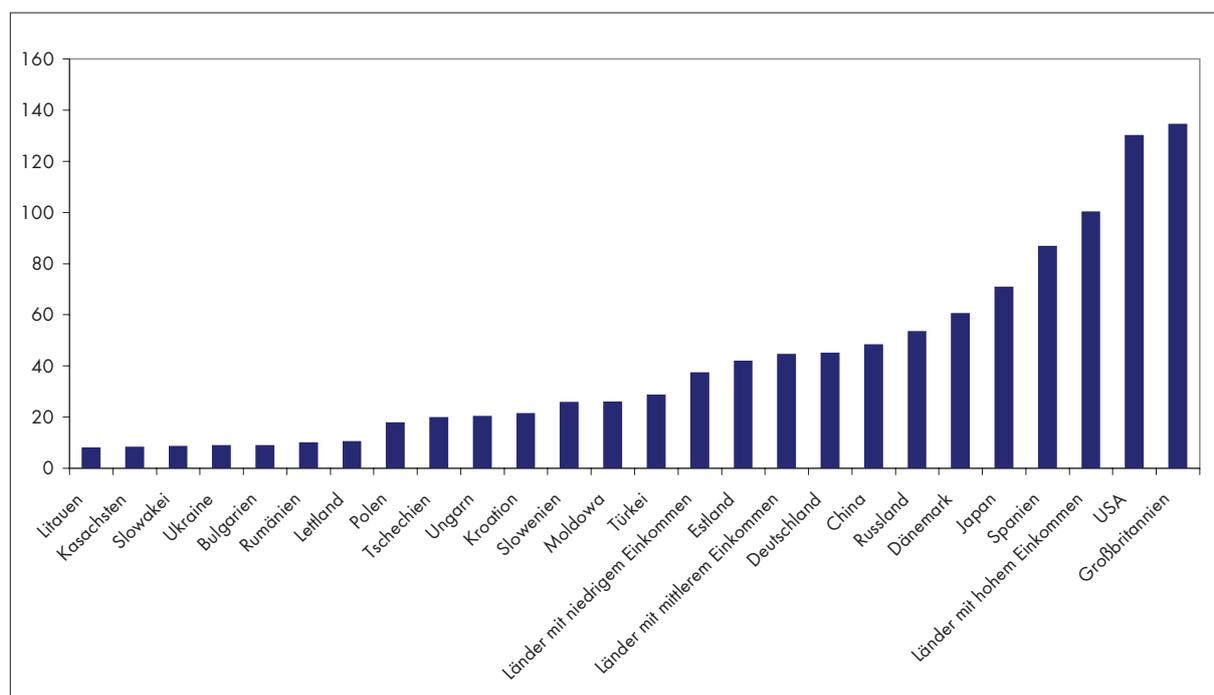
Bankkrediten für den privaten Sektor. Alle fortgeschrittenen Industrienationen sind auf der rechten Seite des Diagramms versammelt: Länder mit hohem Einkommen haben einen Durchschnittswert von 182%, während der russische Wert nur 28% beträgt. Dies steht beispielhaft für die fehlenden einheimischen Investitionen in Russland.

Defizite der Wirtschaftspolitik

Während oft betont wird, dass Russlands Wirtschaft unter Präsident Putin dynamisch wächst, deuten die oben erwähnten Zahlen darauf hin, dass Russland nicht die interne Dynamik für Akkumulation und Wachstum besitzt. Das Land ist sehr von Energieexporten abhängig: 2003 kamen 53% der Exporteinnahmen des Landes von Öl- und Gasexporten, aber nur 7% von Maschinen und Ausrüstung – vergleichbare Zahlen für Deutschland waren 2% und 50%. Die Abhängigkeit vom Energiesektor wird durch die Schätzung der Weltbank unterstrichen, dass 1% der russischen Arbeitskräfte im Bereich der Rohstoffproduktion 20% des BIP erzeugen.

Die oben skizzierte neo-liberale Politik ignoriert das Vermächtnis der russischen Staatsunternehmen. Diese Unternehmen sind in das alte Sozialsystem eingebettet. Sie sind auch eine Quelle für Sozialleistungen, deren Abschaffung ernste soziale und politische

Grafik 1: Die Kapitalisierung von Aktienmärkten im Vergleich (in Prozent des BIP, 2003)



Quelle: World Bank: World Development Indicators 2005, www.worldbank.org

Folgen haben würde. Die Politik des Minimalstaates unter Jelzin führte dazu, dass die föderale Regierung nicht imstande war, Steuern einzutreiben und in den Regionen des Landes dem Gesetz Geltung zu verschaffen. Diese Situation ist durch Korruption in Verbindung mit dem Privatisierungsprozess noch verschärft worden.

Wie Joseph Stiglitz (vormaliger Chefökonom der Weltbank) es formulierte: „Wenn Privatisierung auf eine Art und Weise durchgeführt wird, die weithin als illegal angesehen wird, in einer Umgebung, die nicht die notwendige institutionelle Infrastruktur hat, können die langfristigen Aussichten für eine Marktwirtschaft sogar untergraben werden. Schlimmer noch, die Privatinteressen, die auf diese Art entstehen, tragen dazu bei, dass der Staat geschwächt und die soziale Ordnung unterminiert werden durch Korruption und Netzwerke.“ Die Privatisierung von Besitz führte nicht dazu, dass sich ein Kapitalmarkt entwickelte, was wiederum bedeutete, dass keine effiziente Kapitalallokation stattfinden konnte.

Das Endergebnis dieser Politik ist, dass ein System, das systematisch und nachhaltig die Kapitalakkumulation fördert, nicht entstanden ist – im Gegenteil, die Wirtschaft wird durch Kapitalexport

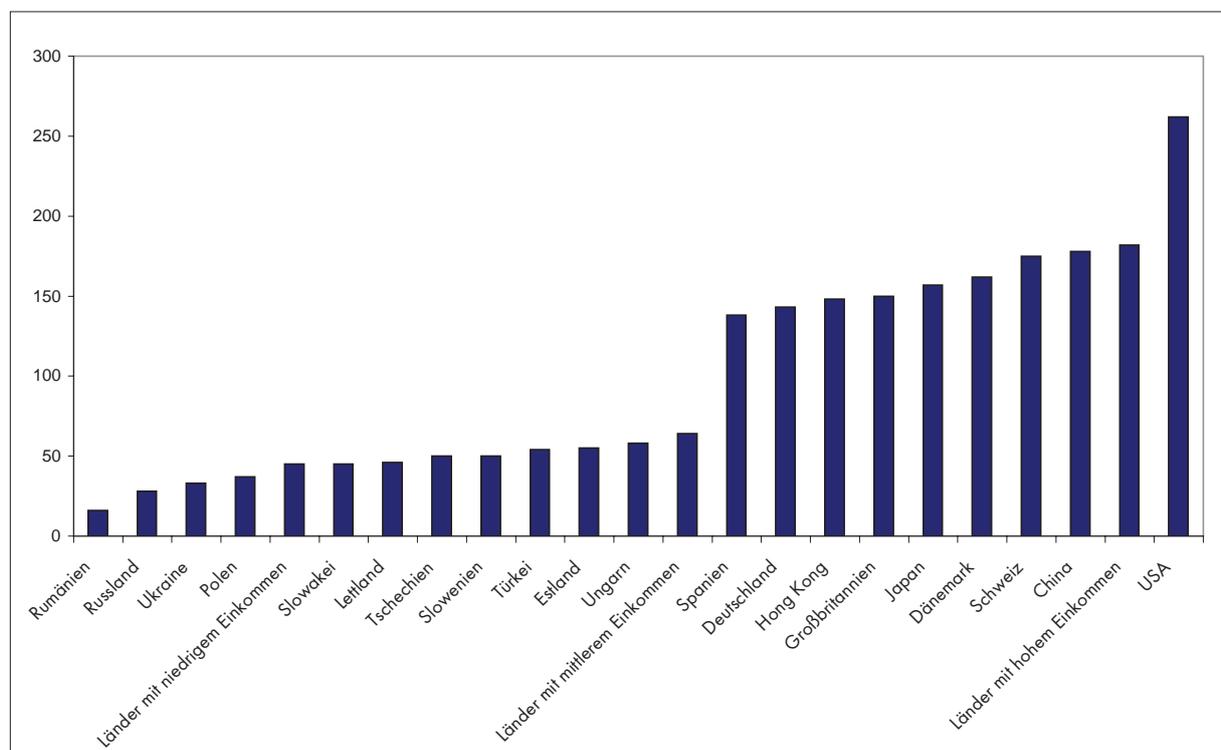
charakterisiert. Unter Präsident Jelzin entwickelte sich eine Form des politischen Kapitalismus, bei der der Staat von Wirtschaftsinteressen übernommen und benutzt wurde, um Profite zu sichern. Putin hat viele Aspekte dieser Politik rückgängig gemacht.

Die Zukunft des Kapitalismus in Russland: der Staat als führende Kraft

Das Modell, das sich in Russland entwickelt, ist eine korporatistische Wirtschaft unter Führung des Staates. Putins Ziel ist nicht, das Marktsystem zu demontieren, sondern Politik zu machen, damit der Kapitalismus funktioniert. Um die politische Kontrolle zu erlangen, hat er den Staatsapparat gestärkt und Kontrolle über die Oligarchen ausgeübt. Wie die asiatische Form des Kapitalismus beweist, kann der Kapitalismus auch ohne eine demokratische Schale florieren.

Die Bewegung hin zu einer verstaatlichten Wirtschaft bleibt dabei systemerhaltend. Dazu sollte man die Besonderheiten des sich entwickelnden Kapitalismus in Russland erörtern. Das Management besitzt nicht nur einen beträchtlichen Anteil an den Firmen, sondern ist in den Firmen strategisch so positioniert, dass es Führungsrollen übernehmen

Grafik 2: Inländische Kreditvergabe (in Prozent des BIP, 2003)



Quelle: World Bank: World Development Indicators 2005, www.worldbank.org

kann. Das Management, das sein Selbstverständnis aus dem staatssozialistischen System übernommen hat, ist sehr viel selbstsicherer bei der Ausübung von Führungsaufgaben als dies in liberalen Marktwirtschaften der Fall sein könnte, da russische Manager wegen der geringen Bedeutung der Börse nicht mit einem Verlust ihrer Position im Rahmen einer Firmenübernahme rechnen müssen.

Dem Staat wird eine legitime Rolle bei der Förderung von Beschäftigung und der Gewährleistung umfassender Sozialleistungen zugeschrieben. Das Erbe der kommunistischen öffentlichen Fürsorge ist ein wichtiger Faktor, der zu einer öffentlichen Erwartungshaltung führt. Die öffentliche Meinung spricht sich wenig für „pluralistische“ Strukturen aus, in denen private Wirtschaftsinteressen den Staat untergraben können, daher erfreut sich Putin bei seiner Unterordnung von Wirtschaftsinteressen überwältigender öffentlicher Unterstützung, trotz Kritik aus dem Westen.

Diese Art von Kapitalismus unter Führung des Staates könnte eine größere Kapitalakkumulation gewährleisten. Entwicklungspolitik unter staatlicher Leitung hat die russische Wissenschaft und das Militär gestärkt. Es ist Putins Ziel, die kapitalistische Marktwirtschaft zu erhalten ohne dass „Oligarchen“ den Staat schwächen. Er möchte Gewinne aus den Öl- und Gasexporten benutzen, um die kränkelnde Wirtschaft zu unterstützen. Die sich herausbildende russische Wirtschaft unterscheidet sich von den Modellen, die am Anfang dieses Aufsatzes aufgezählt wurden. Sie entwickelt sich in Richtung eines korporatistischen Staates mit den folgenden zentralen Komponenten:

- treibende Kraft: Staat
- zentrale Akteure: Industriemanagement, führende Kapitalisten, politische Eliten
- Kultur: nationalistisch
- Solidarität: Wohlfahrtsstaat

Über den Autoren:

Dr. David Lane ist Senior Research Associate an der University of Cambridge. Er arbeitet derzeit mit Unterstützung durch einen Leverhulme Research Award an einem Forschungsprojekt zur Beziehung zwischen sozialer Klasse und Transformation in der Ukraine und Russland.

Lesetipps:

Eine ausführlichere Darstellung des Autors zum Thema findet sich in:

David Lane: Russia's Asymmetric Capitalism in Comparative Perspective, in: Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Nr. 69 (2005), S. 41–60, http://www.forschungsstelle-osteuropa.de/con/images/stories/pdf/ap/fsoAP69_web.pdf

Im Beitrag zitierte Literatur:

- Joseph Stiglitz, ‚Whither Reform? - Ten Years of the Transition‘. Reprinted in Ha-Joon Chang, The Rebel Within. London: Anthem Press 2001.
- John Williamson, ‚What Washington Means by Policy Reform‘. in J. Williamson (Ed.), Latin American Adjustment. How Much has Happened? Washington D.C. Institute for International Economics. 1990.
- World Bank, From Transition to Development, Report No 32308-RU, 2005.

Ausblick

Eine solche Politik hat auch ihre Kritiker. Intern befürworten das Finanz- und das Wirtschaftsministerium Ideologie und Politik des freien Marktes. Auch erfolgreiche Firmen in Exportbranchen sind mit radikalen Marktreformern in der Regierung in Verbindung gebracht worden. Sie befürworten eine globale Wirtschaft, Auslandsmärkte und ausländische Investitionen. In diesem Zusammenhang haben ausländische politische Akteure (wie der IWF, die Weltbank und insbesondere die USA) ein starkes Interesse an wirtschaftlichem Wandel. Die Weltbank warnt in ihrem im Jahr 2005 veröffentlichtem Russlandbericht vor den „Gefahren staatlicher Intervention“ und unterstreicht, dass Russlands wirtschaftliche Schwierigkeiten nur durch eine Politik überwunden werden können, die auf „dem Schutz des Privateigentums, strengen Kartellgesetzen, einem freien Wettbewerb und globaler Integration“ gegründet ist. Russland ist als großer Energieexporteur jedoch in der Lage, solchem Druck Widerstand zu leisten.

Die wichtigsten Vorteile eines organisierten Marktkapitalismus in Russland sind, dass das Land vielleicht besser mit Konkurrenz im globalen Maßstab umgehen kann. Ein größeres Ausmaß an Regulierung (wie in der neueren Geschichte Frankreichs) könnte zu einer Restrukturierung führen, die effektiver organisiert ist. Der Kommunismus hat eine hohe Investition in Humankapital hinterlassen, das bei der Transformation eine beträchtliche Ressource darstellt. Die neuere Geschichte existierender Sozialstaaten wie Schweden und Dänemark weist in Hinblick auf Entwicklung und Wachstum unterschiedliche Resultate auf. Auf jeden Fall scheint es nicht von vornherein festzustehen, dass die Tage der Alternativen zu liberalen Marktwirtschaften zu Ende sind.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Redaktion: Heiko Pleines

Tabelle zum Text
Tabelle 1: Die russische Wirtschaft im internationalen Vergleich

	Russland	Ukraine	Polen	Deutschland
Produktion				
BIP in Mrd. US-Dollar	433	50	210	2.403
BIP in Mrd. US-Dollar (Kaufkraftparität)	1.324	266	435	2.291
BIP pro Kopf in US-Dollar (Kaufkraftparität)	9.230	5.491	11.379	27.756
BIP-Wachstumsrate 1990–2003, pro Jahr	- 1,5%	- 4,7%	4,2%	1,3%
Geld und Finanzen				
Staatsausgaben für Bildung (als Anteil am BIP)	3,8%	5,4%	5,0%	4,6%
Staatsausgaben für das Gesundheitswesen (als Anteil am BIP)	3,5%	3,3%	4,4%	8,6%
Ausgaben für Forschung & Entwicklung (als Anteil am BIP)	1,0%	0,9%	0,7%	2,5%
Außenwirtschaft				
Exporte (als Anteil am BIP)	32%	53%	21%	36%
Importe (als Anteil am BIP)	21%	48%	26%	32%
Ausländische Direktinvestitionen (als Anteil am BIP)	1,8%	2,9%	2,0%	k.A.
Anteil an den weltweiten Rüstungsexporten (1998–2002)	22,4%	2,9%	0,3%	5,4%
Ökologie				
Anteil am weltweiten CO ₂ -Ausstoß	6,1%	1,6%	1,3%	3,3%
Stromverbrauch pro Kopf (in Kwh)	4.181	2.293	2.511	5.963
Energieverbrauch pro BIP-Einheit (Kaufkraftparität)	0,6	0,7	0,25	0,16
Soziales				
Arbeitslosenquote	9,0%	10,1%	19,6%	9,1%
Bevölkerungsanteil mit einem Tageseinkommen von weniger als 4 US-Dollar (1996–99)	53%	25%	10%	0%
Anteil der reichsten 20% am Gesamtverbrauch	39%	38%	42%	37%
Gesundheit				
Lebenserwartung	65,3	66,1	74,3	78,7
Bevölkerungsanteil mit gutem Zugang zu Medikamenten	50–79%	50–79%	80–94%	95–100%
Anteil der Tuberkulose-Kranken an der Bevölkerung	0,157%	0,133%	0,034%	0,007%

Quelle: UNDP Human Development Report 2005

Analyse

Die russische Sozialpolitik im Spiegel der öffentlichen Meinung

Von Matthes Buhbe, Friedrich Ebert Stiftung, Moskau

Zusammenfassung

Seit etwa einem Jahr widmet sich die russische Regierung verstärkt den sozialen Problemen des Landes. Auf Grundlage einer repräsentativen Umfrage aus dem Frühjahr 2006 wird im vorliegenden Beitrag die Einschätzung der russischen Bevölkerung zur eigenen sozialen Lage und zu den Reformprojekten der Regierung skizziert. Die Umfrage wurde im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durch das Soziologische Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften unter Leitung von Prof. Dr. Michail Gorschkow durchgeführt.

Die „nationalen Projekte“

Im Herbst 2005 schickte Wladimir Putin den bisherigen Leiter der Präsidentschaftsverwaltung, Dmitrij Medwedew, als stellvertretenden Ministerpräsident in die Regierung mit der zentralen Aufgabe, die so genannten nationalen Projekte zum Erfolg zu führen. Die vier Projekte sehen staatliche Mehrausgaben im Gesundheitswesen, Bildungswesen, Wohnungswesen und der Landwirtschaft vor. Von Russlands Führung werden die vier Projekte aus folgenden Gründen als Lösungsmöglichkeit für die soziale Frage angesehen.

(1) Gesundheit: Russen haben die niedrigste durchschnittliche Lebenserwartung in Europa. Die ärmeren Schichten können medizinische Leistungen nicht bezahlen; eine angemessene kostenlose Krankenversorgung kann der Staat aber nicht bereitstellen.

(2) Bildung: In der Selbstwahrnehmung fußen Russlands hohe kulturelle Leistungen sowie Erfolge in der Raumfahrt auf einem weltweit führenden Bildungssystem. Außerdem hängt die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft von der Qualität des Bildungssystems ab. Es ist heute jedoch in einem sowohl sozial ungerechten als auch qualitativ desolaten Zustand.

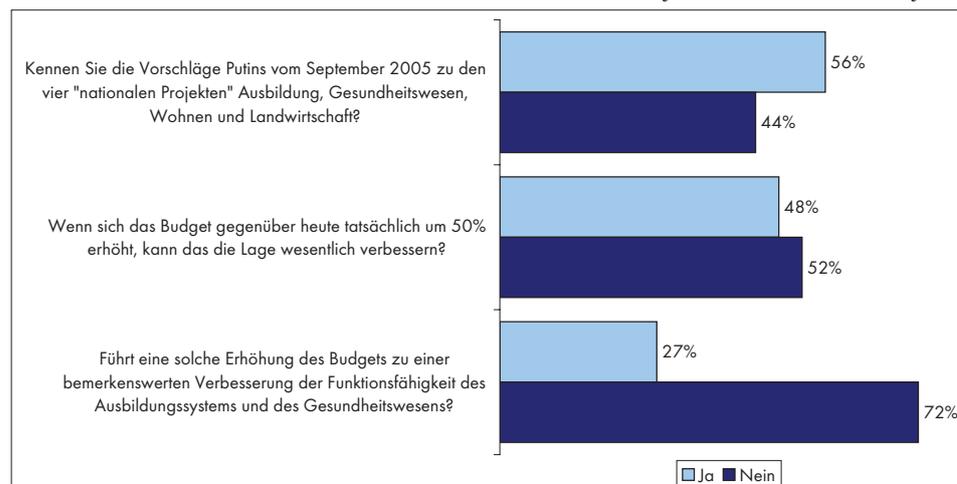
(3) Wohnungswesen: Wohnraum war immer knapp, aber vom sozialistischen Staat hoch subventioniert. Wenn die Kosten für Wohnraum einschließlich der Nebenkosten an die Wohnungsinhaber wei-

tergegeben werden, wird Wohnraum für die ärmeren Schichten unbezahlbar. Andererseits: Woher die Anreize für Instandhaltungsarbeiten und Neubauten nehmen?

(4) Landwirtschaft: Im Gegensatz zu Moskau und den Provinzhauptstädten herrscht auf dem Lande Stillstand, massiver Verfall der Wohnraumqualität und allgemeine Unterversorgung mit staatlichen Leistungen.

Wie Grafik 1 zeigt, kennt derzeit nur gut die Hälfte der russischen Bevölkerung die nationalen Projekte. Während immerhin die Hälfte glaubt, dass für die Projekte vorgesehene Erhöhung der Staatsausgaben, die Lage insgesamt verbessern kann, sehen die meisten speziell für das Bildungssystem und das Gesundheitswesen wenig Chancen.

Grafik 1: Die nationalen Projekte



Sozialreformen im Kontext

Es gibt neben den nationalen Projekten noch etliche weitere Reformen etwa bei den Renten, bei der Monetarisierung von Sozialleistungen oder bei der Anpassung des Bildungswesens an den Bologna-Pro-

zess, der ein europaweit einheitliches Hochschulsystem schaffen soll. Wie Tabelle 1 zeigt werden alle diese Reformen von der Bevölkerung skeptisch beurteilt werden. Auffällig ist, dass besonders jene Reformen abgelehnt werden, die erst sehr kurz oder noch gar nicht in Kraft sind. Ein grundlegendes Misstrauen in Veränderungen der gewohnten Regeln durch Regierungshandeln könnte eine wesentliche Ursache dafür sein.

Tabelle 1: Sind die Reformen richtig und verbessern sie die Lage Ihrer Familie?

„Die folgende entweder schon erfolgte oder noch beabsichtigte Reform finde ich ...“	Richtig und Lage besser	Richtig, aber Lage schlechter	Falsch und Lage schlechter	Keine Kenntnis; weiß nicht
Renten: Kapitalansparung für Jüngere	13%	23%	18%	46%
Erhöhung des Renteneintrittsalters	4%	8%	75%	13%
Liste kostenfreier Arztleistungen	5%	19%	60%	16%
Studienabschluss „Bachelor / Masters“	15%	11%	17%	57%
Einheitliche Aufnahmeprüfung für Unis	23%	21%	20%	35%
Wohnungszuschüsse nur für Bedürftige	6%	18%	61%	15%
Monetarisierung von Vergünstigungen	19%	21%	36%	23%
Einheitliche Einkommensteuer (13%)	15%	18%	42%	23%

Es ist klar, dass die Erhöhung des Renteneintrittsalters nicht als eine Verbesserung der eigenen Lage gelten kann. Drei Viertel der Befragten betrachten sie jedoch als grundlegend falsch. Auch die Beschränkung kostenloser medizinischer Leistungen durch eine Positivliste und die Bezuschussung von Mieten, Nebenkosten und Gebühren im Bereich des kommunalen Wohnungswesens nur für die Ärmsten wird von der absoluten Mehrheit der Befragten als falsch und als Verschlechterung der eigenen Lage beurteilt. Vergleichsweise milde beurteilt werden demgegenüber die bereits 2001 durchgesetzte Reform der Einkommensteuer (einheitlicher Steuersatz von 13 % für alle Einkommensklassen) und die 2005 in Kraft getretene Monetarisierung von sozialen Privilegien (Abschaffung von Freifahrten von Kriegsveteranen im

Tabelle 2: Was bestimmt materiellen Erfolg?

(Antworten in Prozent aller Befragten)	Hohes Einkommen	Mittleres Einkommen	Niedriges Einkommen
Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied.	59%	45%	32%
Eine höhere Macht bestimmt darüber.	41%	55%	68%

Nahverkehr usw.). Hinsichtlich der Bildungsreformen sind sehr viele Befragte nicht informiert oder ohne eigene Meinung. Die neue Zugangsberechtigung zu den Universitäten auf der Basis einer einheitlichen staatlichen Eignungsprüfung an den Oberschulen scheint allerdings auf ziemlich breite Zustimmung zu

stoßen. Auch die Umstellung der Rentenfinanzierung auf ein Mischsystem, bei der der Kapitalmarkt eine größere Rolle als bisher spielen soll, findet doppelt so viel Zustimmung (36%) wie Ablehnung (18%) unter denen, die überhaupt eine Meinung dazu haben.

Staat und Lebenslage

Soziale Reformen werden immer auch daran gemessen, ob das persönliche Einkommen hoch genug ist, um die Selbstbestimmung des Lebens für jeden einzelnen Bürger zu gewährleisten. Das ist 2006 nach Meinung der Russen weniger denn je der Fall. Nur

12% glauben, dass die Mehrzahl ihrer Mitbürger ihr Leben ohne ständige Obhut und Fürsorge des Staates bestreiten kann. In einer vergleichbaren Umfrage waren 1990 immerhin noch 22% dieser Meinung. In der Endphase von Glasnost und Perestrojka war also die Zuversicht in ein Leben ohne maßgebliche staatliche Abstützung ausgeprägter als heute. Natürlich spielt dabei nicht nur die Dynamik des (in landesdurchschnittlicher Ausstattung mit Gütern und Diensten messbaren) absoluten materiellen Standards wie auch des (nach schichtenspezifischen Ausstattungsniveaus gestaffelten) relativen Standards eine wesentliche Rolle, sondern auch das Maß der Einkommensungleichverteilung. Wie Tabelle 2 zeigt, antworten die Befragten je nach Einkommensgruppe deutlich verschieden auf eine Lebensphilosophie des selbst zu erringenden materiellen Erfolgs im Leben.

Tabelle 3 zeigt, dass nach überwiegender Meinung in den Bereichen Gesundheit und Wohnen, aber auch Armut und Kriminalität (persönliche Sicherheit) unter Putin eher Verschlechterungen eingetreten sind. Für die Bevölkerungsmehrheit hat sich das hohe allgemeine Wirtschaftswachstum der letzten Jahre

offensichtlich nur im lohnbestimmten Erwerbsleben positiv niedergeschlagen. Steigende Bewertungen gibt es daher hinsichtlich der Erwerbsmöglichkeiten und fehlender Arbeitslosigkeit sowie der Familien- und Kinderpolitik.

Table 3: Lebensbedingungen während der Präsidentschaft Putins

Lage hat sich...	verbessert	unverändert	verschlechtert
Krankenversorgung	13%	43%	43%
Wohnsituation	10%	46%	42%
Hochschulausbildung	13%	52%	34%
Allgemeiner Lebensstandard	20%	48%	32%
Ökologische Situation	7%	48%	32%
Armut	16%	53%	31%
Soziale Gerechtigkeit	11%	58%	30%
Kriminalität (persönliche Sicherheit)	7%	68%	25%
Rentenauszahlung	29%	46%	24%
Familien und Mütter (Geburtenanstieg)	34%	46%	19%
Arbeitslosigkeit	38%	45%	16%
Erwerbsmöglichkeiten	43%	43%	13%

Aufgaben des Sozialstaats

Welche Ziele sollte sich die staatliche Politik vorrangig setzen? Die Befragten konnten bis zu drei Antworten aus einer Liste auswählen. Am häufigsten wurde die Weiterentwicklung der traditionellen Wirtschaftsbranchen Russlands genannt, an zweiter Stelle sozialstaatliche Hilfe für die in Armut lebenden Bevölkerungsteile. Auf Platz drei bis fünf landeten die Verbesserung des Bildungssystems, die Anhebung (bzw. Angleichung) der Löhne und Gehälter und die Förderung der modernen, forschungsintensiven Wirtschaftsbranchen. Alle anderen Antwortmöglichkeiten wie Hebung von „Moral, Kultur und geistigen Werten“, Landesverteidigung oder Außenpolitik landeten auf hinteren Plätzen. Offenbar ist eine staatliche Wirtschaftsförderung in Verbindung mit Subventionen für die ärmere Hälfte der Bevölkerung das bevorzugte Politikmodell.

Man erwartet die Lösungen nicht von der Initiative der einzelnen Bürger oder der Leistungsfähigkeit der Unternehmen, die sich in alter Tradition stärker sozial engagieren könnten, sondern vom Staat. Das zeigt Tabelle 4.

Table 4: Aufgaben und Finanzquellen der Sozialpolitik

Träger und anspruchsberechtigte Gruppen für soziale Leistungen	1996	2006
Staat mit Leistungen nur an Rentner und Erwerbsunfähige (Invalide, Waisen).	37%	15%
Staat mit Leistungen auch an einige Bedürftige (Kinderreiche, Arbeitslose).	23%	26%
Staat mit Leistungen an alle Bedürftigen (die Ärmern der Gesellschaft).	24%	50%
Soziale Sicherheit muss sich vorrangig an die Unternehmen halten.	9%	3%
Der Einzelne sollte seine Probleme selbst lösen, statt auf den Staat zu setzen.	7%	5%

Darüber hinaus wird die sozialstaatliche Hilfe weiter gefasst als noch vor zehn Jahren. Dieser sollte in viel höherem Maße als noch 1996 verlangt alle Ärmern unterstützen, nicht nur bestimmte Gruppen. Die individuelle Hilfe an besonders betroffene Armutsgruppen (Altersarmut, Erwerbsunfähigkeit) ist weniger populär.

Man sollte dabei allerdings nicht von den

Lebensproblemen der Ärmsten auf dementsprechende Ansichten der ärmeren Hälfte der Bevölkerung schließen. Dies gilt umso mehr, wenn man die Gruppe der am Alltagsleben in Russland Verzweifelnden gesondert betrachtet. Diese Gruppe, welche ungefähr den sieben Prozent Ärmsten der Bevölkerung entspricht, hat neben

materiellen Sorgen sehr existenzielle Ängste: Vereinsamung, Hunger, Gewalt. Tabelle 5 stellt sie dem Durchschnittsbefragten gegenüber.

Der Durchschnittsbefragte zählt sich zu den Ärmern der Gesellschaft und fordert eine Sozialpolitik, die mehr auf ihn eingeht und nicht so sehr auf die Ärmsten. Daher sind dessen Sorgen weniger Hunger und Schutzlosigkeit vor Gewalt und viel eher die „schlechte materielle Lage“ und die „mangelnde soziale Absicherung“ (Renten- und Gesundheitssystem, Berufsunfähigkeit). Wie oben bereits erwähnt, wird daraus ein Anspruch an die Politik abgeleitet, in erster Linie traditionelle Wirtschaftsförderung und eine breite Sozialpolitik zu betreiben.

Die Haltung der Rentner

Die pünktliche Auszahlung der Renten und die Anhebung des Rentenniveaus gelten als Markenzeichen der Putinschen Amtszeit. Trotzdem bilden vor allem die Rentner die untersten Einkommenschichten. Viele Rentner sind Nebenerwerbstätige. Demgegenüber stehen die erwerbslosen Rentner materiell besonders schlecht da und haben, wie Tabelle 6 zeigt, besonders negative Erwartungen für die nähere Zukunft. Die Altersarmut ist wohl der Hauptgrund

dafür, dass besonders die Rentner gegen die Monetarisierung von Sachleis-

Tabelle 5: Lebensprobleme

„Meine größten Lebensprobleme sind ...“ (Mehrfachnennungen möglich)	Alle Befragten	Ärmste	Differenz (%-Punkte)
Einsamkeit	4%	100%	96%
Mangelnde Ernährung	5%	92%	87%
Mangelnde Sicherheit vor Gewalt	7%	92%	85%
Gleichgültigkeit von Seiten anderer Leute	4%	88%	84%
Mangelnde Bekleidung und Schuhe	4%	87%	83%
Probleme wegen der Unmöglichkeit einer Ausbildung	2%	85%	83%
Probleme aufgrund der Dynamik der letzten Jahre	3%	83%	80%
Mangelnde soziale Absicherung (Krankheit, Alter, ...)	20%	98%	78%
Schädliche Gewohnheiten (Alkoholismus, Drogen, ...)	7%	83%	76%
Probleme mit den Kindern	10%	84%	74%
Probleme am Arbeitsplatz	24%	88%	64%
Probleme, sich mit Verwandten / Freunden zu treffen	6%	70%	64%
Probleme im Umfeld der Wohnung	15%	77%	62%
Familiäre Probleme	20%	75%	55%
Schlechte materielle Lage (niedriges Einkommen)	39%	93%	54%
Gesundheitsprobleme (selbst oder in der Familie)	35%	88%	53%
Mangelnde Gestaltungsmöglichkeiten der Freizeit	17%	68%	51%
Zeitmangel, um die nötigen Alltagsdinge zu erledigen	14%	63%	49%

tungen sind, die bisher an Begünstigte ohne Berücksichtigung der individuellen Bedürftigkeit bzw. des individuellen Einkommens gingen (Veteranen, Helden der Arbeit usw.). Je jünger die Befragten, desto eher haben sie keine klare Meinung, ob die Monetarisierung (und damit Auszahlung je nach individueller Bedürftigkeit) richtig oder falsch ist, wie Tabelle 7 zeigt.

Tabelle 6: Hat sich ihre materielle Lage in den letzten zwei bis drei Jahren verbessert, und wird sie sich in den nächsten zwei bis drei Jahren verbessern?

Materielle Lage...	Erwerbslose Rentner	Erwerbstätige Rentner	Übrige Erwerbstätige
besser geworden.	6%	11%	21%
verschlechtert.	40%	28%	29%
Wird besser.	8%	10%	41%
Wird schlechter.	40%	44%	19%

Tabelle 7: Für mich bzw. meine Familie ist die Monetarisierung von Vergünstigungen...

Alter in Jahren	18 – 26	27 – 40	41 – 60	über 60
...richtig und verbessert die eigene Lage	21%	18%	20%	20%
...richtig, aber verschlechtert die eigene Lage	18%	18%	24%	21%
...falsch und verschlechtert die eigene Lage	29%	34%	36%	45%
Kenne ich nicht / habe keine klare Meinung.	34%	32%	21%	12%

Resümee

Zusammenfassend zeigt sich, dass ein großer Teil der Bevölkerung den sozialpolitischen Vorhaben der Regierung skeptisch gegenübersteht. Und auch die bisherige Bilanz ist bestenfalls gemischt. Nach überwiegender Meinung hat es in den Bereichen Gesundheit und Wohnen, aber auch Armut und Kriminalität unter Putin eher eine Verschlechterung der Lage gegeben. Für die Bevölkerungsmehrheit hat sich das hohe allgemeine Wirtschaftswachstum der letzten Jahre offensichtlich nur im lohnbestimmten Erwerbsleben positiv niedergeschlagen. Steigende Bewertungen gibt es daher hinsichtlich der Erwerbsmöglichkeiten und fehlender Arbeitslosigkeit sowie der Familien- und Kinderpolitik.

Gleichzeitig werden an den Staat große soziale Anforderungen gestellt. Nur 12% glauben, dass die Mehrzahl ihrer Mitbürger ihr Leben ohne ständige Obhut und Fürsorge des Staates bestreiten kann. Der Durchschnittsbefragte zählt sich zu den Ärmern der Gesellschaft und fordert eine Sozialpolitik, die mehr auf ihn eingeht und nicht so sehr auf die Ärmsten. Daraus ein Anspruch an die Politik abgeleitet, in erster Linie traditionelle Wirtschaftsförderung und eine breite Sozialpolitik zu betreiben.

Redaktion: Heiko Pleines

Angaben zum Autoren und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autoren:

Dr. Matthes Buhbe ist Leiter der Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Russischen Föderation. Die Studie wurde im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durch das Soziologische Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften unter Leitung von Prof. Dr. Michail Gorschkow durchgeführt. Landesweit wurden im Frühjahr 2006 insgesamt 1750 Personen befragt. Die Befragung kann als repräsentativ für die russische Gesamtbevölkerung gelten, da sie in Form gewichteter Untergruppen (Alter, Region, Schichtzugehörigkeit usw.) durchgeführt wurde.

Lesetipps:

Die ausführliche Version der Studie (140 Seiten) in russischer Sprache wird demnächst im Internet veröffentlicht unter <http://www.fesmos.ru>

Ebenfalls demnächst erscheint:

Soziale Probleme und Sozialpolitik in Russland, Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Nr. 76 (2005)

Chronik

G8 in St. Petersburg – mehr als ein Fototermin?

Von Heinrich Vogel, Köln

Seit Monaten bemüht sich die Moskauer Regie in einem anhaltenden Crescendo selbstbewusster offizieller Verlautbarungen und beflissener Kommentare der russischen Medien, die Weltöffentlichkeit auf das St. Petersburger Gipfeltreffen einzustimmen. Diese aber bleibt skeptisch gegenüber einem Großereignis von geringem Unterhaltungswert und unsicherem Nutzeffekt.

Die Gründe liegen auf der Hand. Schon der schiere Umfang der Tagesordnung erschwert die wünschenswerte Konzentration der Akteure auf die brennendsten Probleme der Weltpolitik. Neue, in letzter Minute eingebrachte Probleme, wie das der nuklearen Abrüstung, signalisieren wenig mehr, als das Interesse des Gastgebers, die Agenda zu dominieren, nachdem das Thema der Energiesicherheit sich als ungeeignet für eine demonstrative Einigung zu russischen Bedingungen erwiesen hat. Auch zu den akuten sicherheitspolitischen Krisen im Iran, in Nord-Korea oder Palästina werden die Sherpas keinen Durchbruch zu einem Konsens erreicht haben, und das Kommuniqué wird kaum mehr als Bekundungen von Besorgnis und grundsätzlicher Übereinstimmung enthalten, dass diplomatische Lösungen gefunden werden sollten. Die Interessen der Beteiligten sind und bleiben unterschiedlich.

Und so steht als Konferenzergebnis vor allem die Bestätigung einer herausragenden Rolle für Russland fest, die schon aus protokollarischen Gründen nicht mehr in Frage gestellt werden kann. Nicht dass im Vorfeld alles mit rechten Dingen zugegangen wäre. Die Kriterien der Vollmitgliedschaft im Klub der „führenden Industriestaaten“ (herausragendes Industriepotential, demokratische politische Strukturen, voll entfaltete Rechtstaatlichkeit)

hat Russland bis heute nicht erfüllt. Die Frage nach dem Demokratieverständnis der russischen Führung - für die Gäste aus dem Westen kaum mehr als eine Pflichtübung mit Blick auf heimische Innenpolitik - dürfte schnell abgehakt sein (der deutsche Außenminister hat hier schon Abstinenz gelobt). Die amerikanische Seite wird wohl dosiert-kritische Worte finden, wohlweislich ohne das Thema mit anderen Feldern der Kooperation (Terrorbekämpfung, Energiesicherheit) zu verknüpfen. Gespräche westlicher Politiker mit Vertretern russischer unabhängiger Organisationen müssen da als Feigenblatt genügen.

Die russische Seite wird ihr Argument von den Doppelstandards westlicher Kritik wiederholen und die Politisierung von Fragen der Energiekooperation und der WTO-Mitgliedschaft beklagen. Dabei hat sie Recht, wenn sie die Grundhaltung der westlichen Partner als geostrategisch verbrämten Wirtschaftsnationalismus benennt, auch wenn sie selbst nichts anderes im Sinn hat. Man kennt die wechselseitigen Argumente und man wird zufrieden sein, eigene Interessen verteidigt zu haben. Im Substanzmangel wird sich so der Gipfel kaum von seinen Vorgängern unterscheiden.

Tatsächlich setzt der G8-Gipfel in St. Petersburg den Schlusspunkt unter eine schleichende Aufwertung Russlands - die nicht unbedingt verdiente Rückkehr

ins Zentrum der Weltpolitik. Der russische Präsident, den die Entwicklung der Energiepreise in die angenehme Rolle eines schuldenfreien Schlüssellieferanten von Energieträgern versetzt hat, kann von der Bühne des Treffens herab die neu gewonnene Souveränität russischer Außenpolitik feiern und sich gleichzeitig als Architekt eines politischen Systems huldigen lassen, in dem jede Diskussion politischer Alternativen als verführter Luxus abgewürgt wird. Die Vertreter westlicher Wirtschaftsinteressen werden dies als akzeptablen Preis einer höherwertigen inneren Stabilität bezeichnen, und die vom Kreml angeheuerten PR-Profis aus den USA werden es verstehen, die fortbestehenden Differenzen in Grundsatzfragen zwischen den Mitgliedern der G8 als reines Vermittlungsproblem zu stilisieren.

In Putins Auftritt vor russischen Diplomaten am 27. Juni wie auch in zahlreichen Äußerungen führender Repräsentanten des Kreml zeichneten sich bereits die Umriss der außenpolitischen Strategie Moskaus ab: Es geht darum, aus dem internationalen Prestige- und Vertrauensverlust, den sich die amerikanische Administration mit ihrer selbstgefälligen Außenpolitik der letzten Jahren eingehandelt hat, maximales Kapital zu schlagen und sich als selbstloser Schiedsrichter einer neuen „demokratischen“, d.h. hegemoniefreien Weltordnung zu präsentieren. Moralisch sieht man sich schon längst auf Augenhöhe mit den USA.

Über den Autoren:

Prof. Dr. Heinrich Vogel ist Mitglied des Vorstands der SWP und Associate Professor für europäische Sicherheitspolitik der Universität Amsterdam.

Die aktuelle Sprache der russischen Diplomatie ergeht sich in süffisant anonymisierten Anspielungen („unsere Konkurrenten“, „überzogene Bedeutung militärischer Gewalt“), gruseligen Metaphern aus russischen Märchen und abstrakten Formeln, wie der von der „Modernisierung der gesamten globalen Sicherheitsarchitektur“. Nun kann man gespannt sein, wie innovativ die russische Außenpolitik die eigenen Maximen der Orientierung an „universalen Standards“ und vom „Ende der Zeiten exklusiver Einflusszonen“ im Bereich der GUS, und hier besonders bei der Umstellung bestehender Energielieferungsverträge auf Marktbedingungen, umsetzen wird.

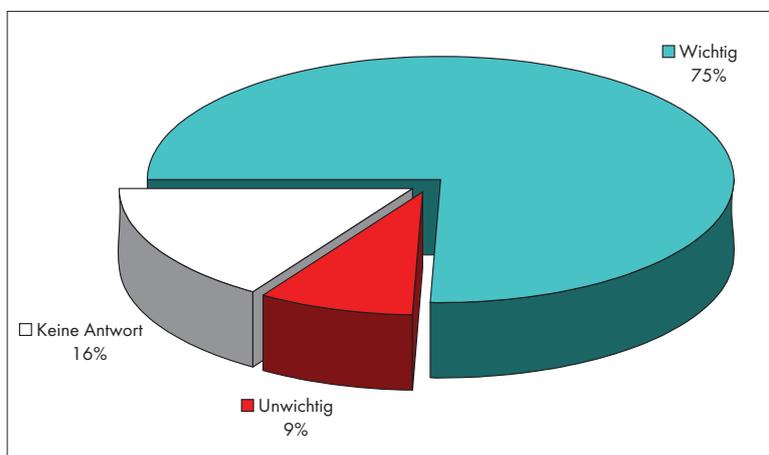
Vor dem Gipfel hat die russische Regierung 6,9 Millionen Blumen in St. Petersburg pflanzen lassen; die Bürger Russlands werden den kurzen Glanz genießen. Auf die für eine Belebung der politischen Kultur notwendigen tausend Blumen werden sie jedoch weiter warten müssen, nicht zuletzt, weil sie in ihrer großen Mehrheit so wenig Engagement für demokratischere und transparentere Strukturen aufbringen. Russlands „souveräne Demokratie“ wird so den Partnern in der G8 auch längerfristig Kopfzerbrechen bereiten. Nur gut zu wissen, dass die neue Souveränität deutliche Grenzen hat, weil Russland auch langfristig auf Kapital und Technologie aus dem Westen angewiesen bleibt.

Umfrage

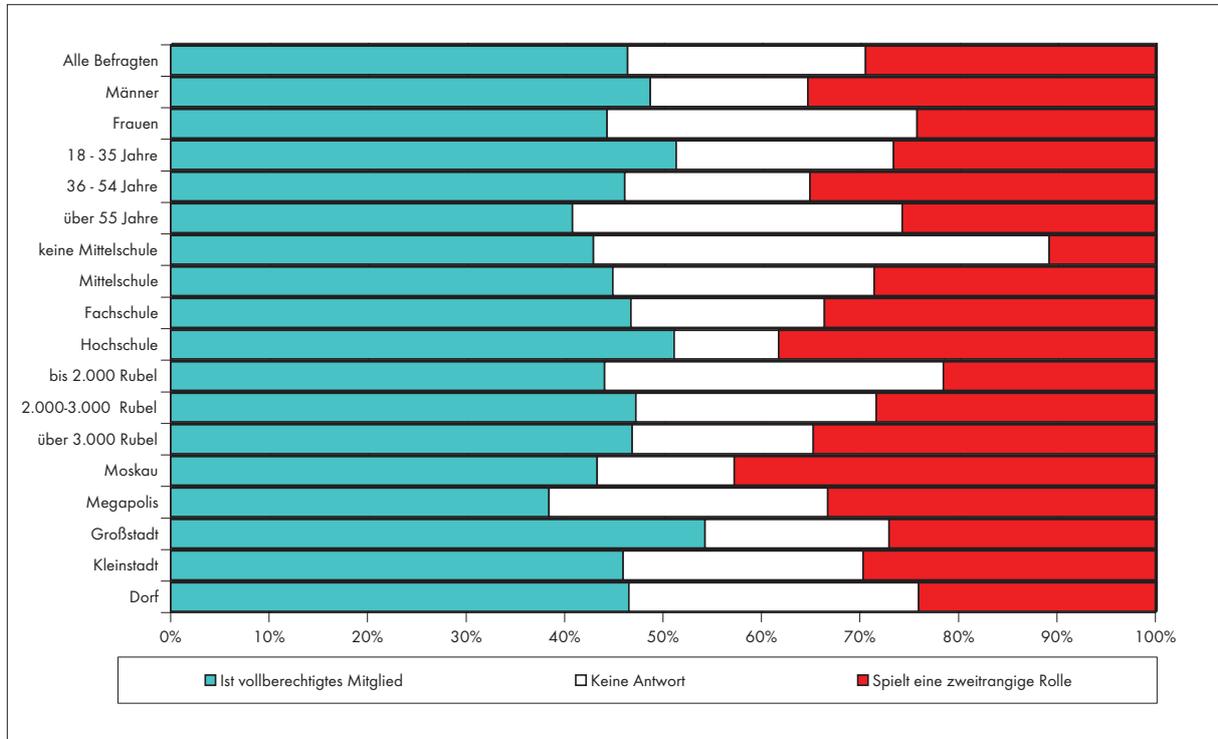
Russland und die G8

Quelle: Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ vom 17. und 18. Juni 2006 <http://bd.fom.ru/zip/tb0624.zip>

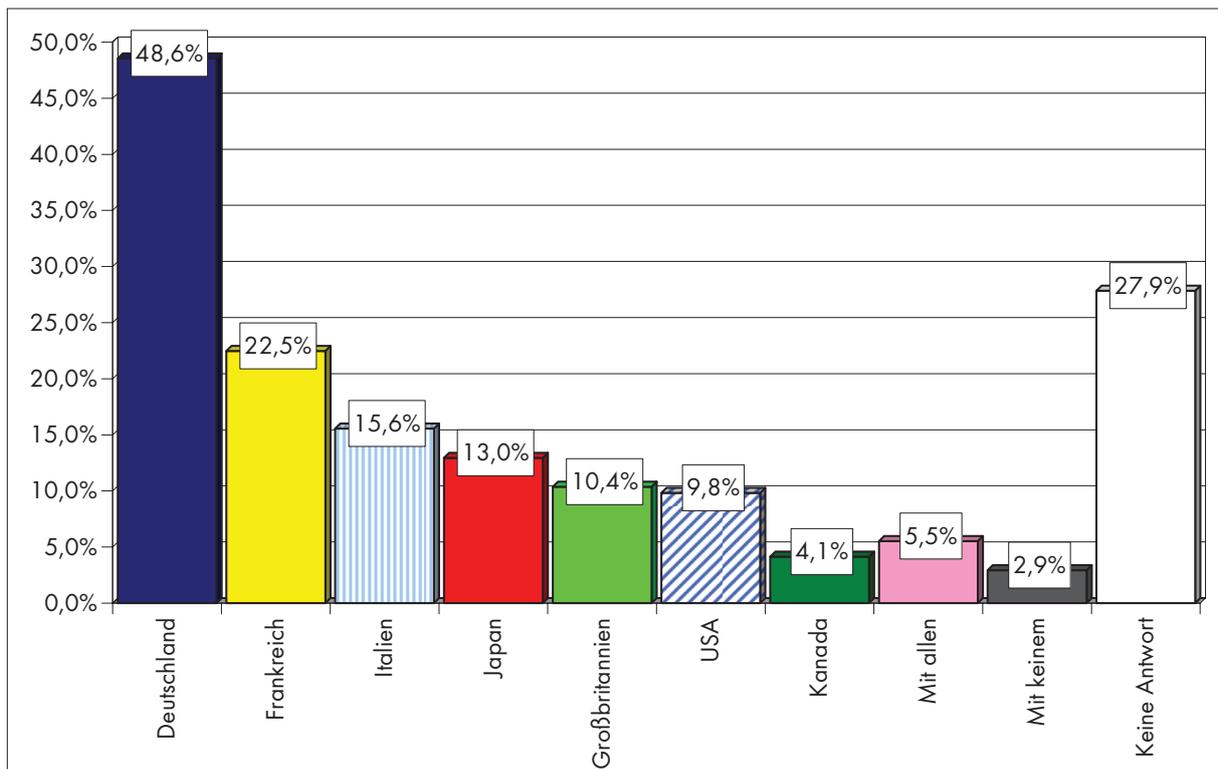
Ist es für Russland wichtig, dass es zur G8 gehört?



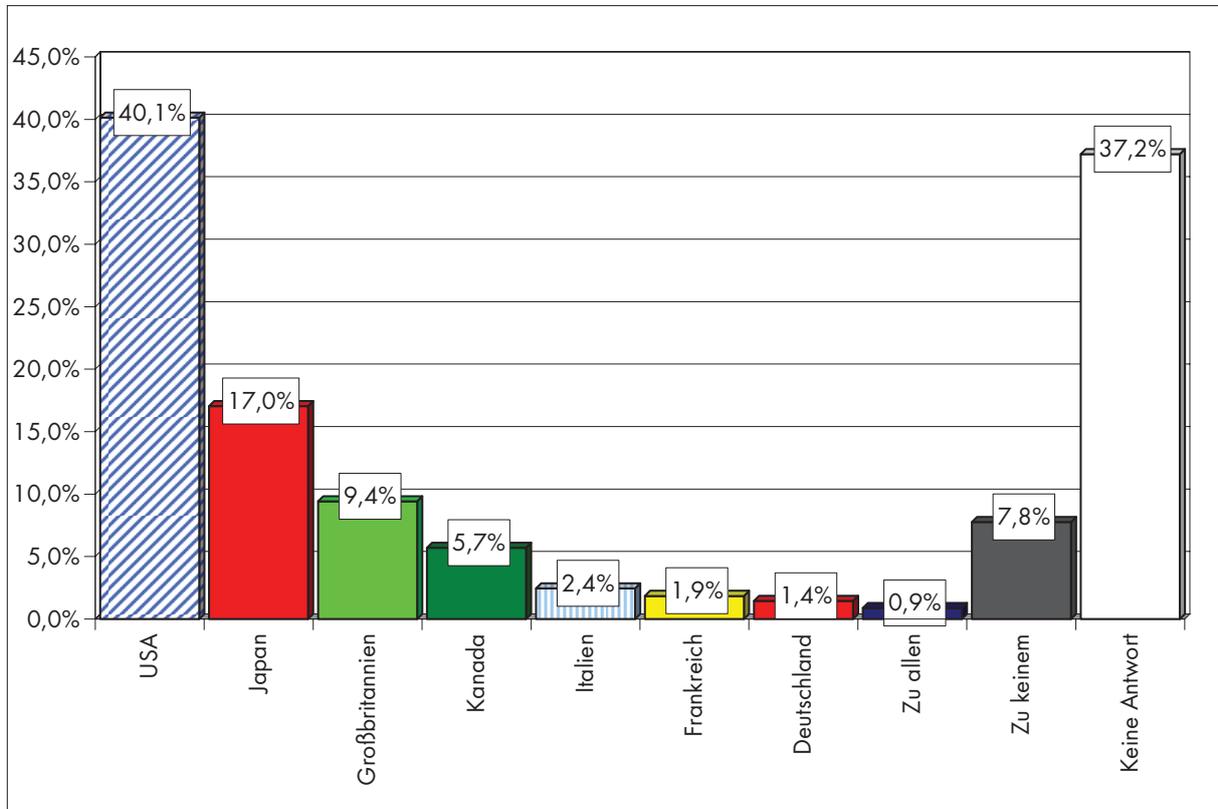
Ist Russland Ihrer Meinung nach vollberechtigtes Mitglied der G8 oder spielt es eine zweitrangige Rolle?



Zu welchen der Mitgliedsstaaten der G8 hat Russland die besten Beziehungen?



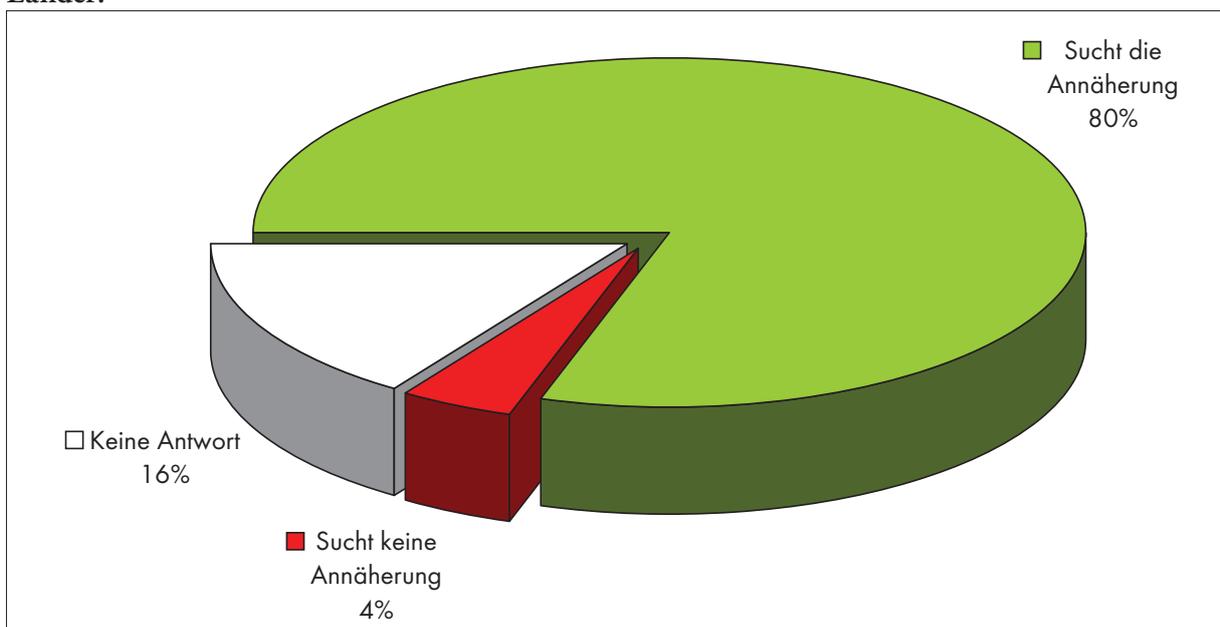
Und zu welchem der Mitgliedsländer der G8 hat Russland die schlechtesten Beziehungen?



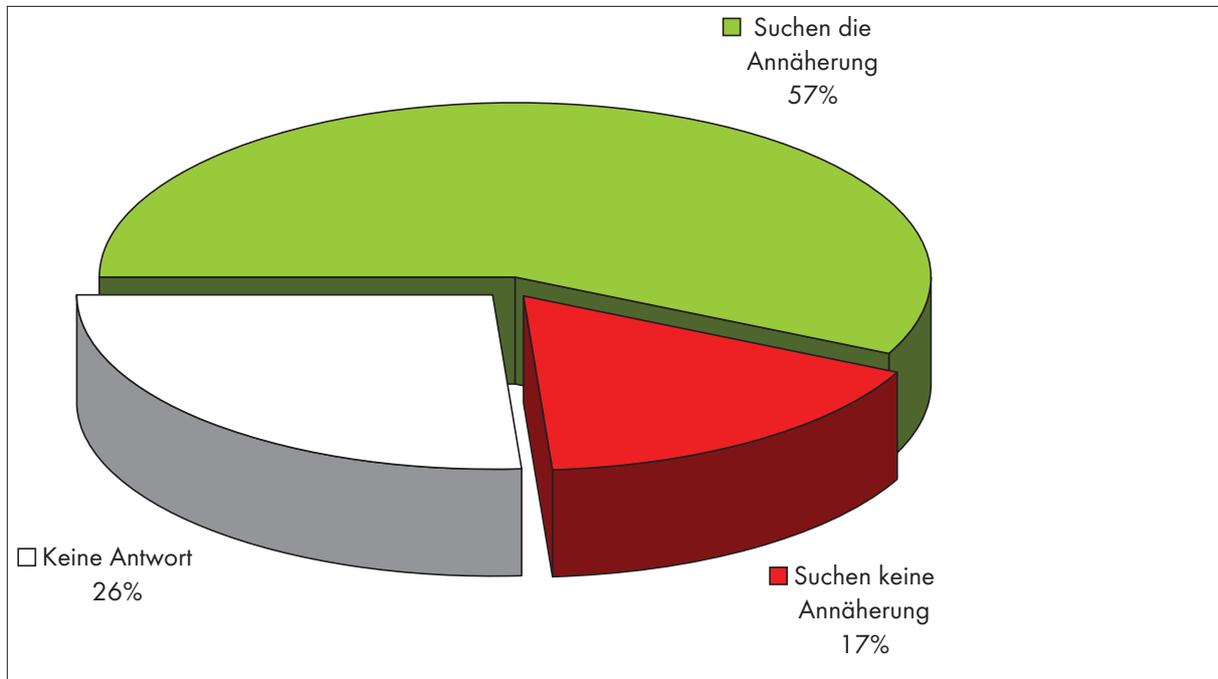
Russlands Rolle in der Weltpolitik

Quelle: Umfragen der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) vom 3. und 4. Juni 2006 <http://bd.fom.ru/zip/tb0622.zip>

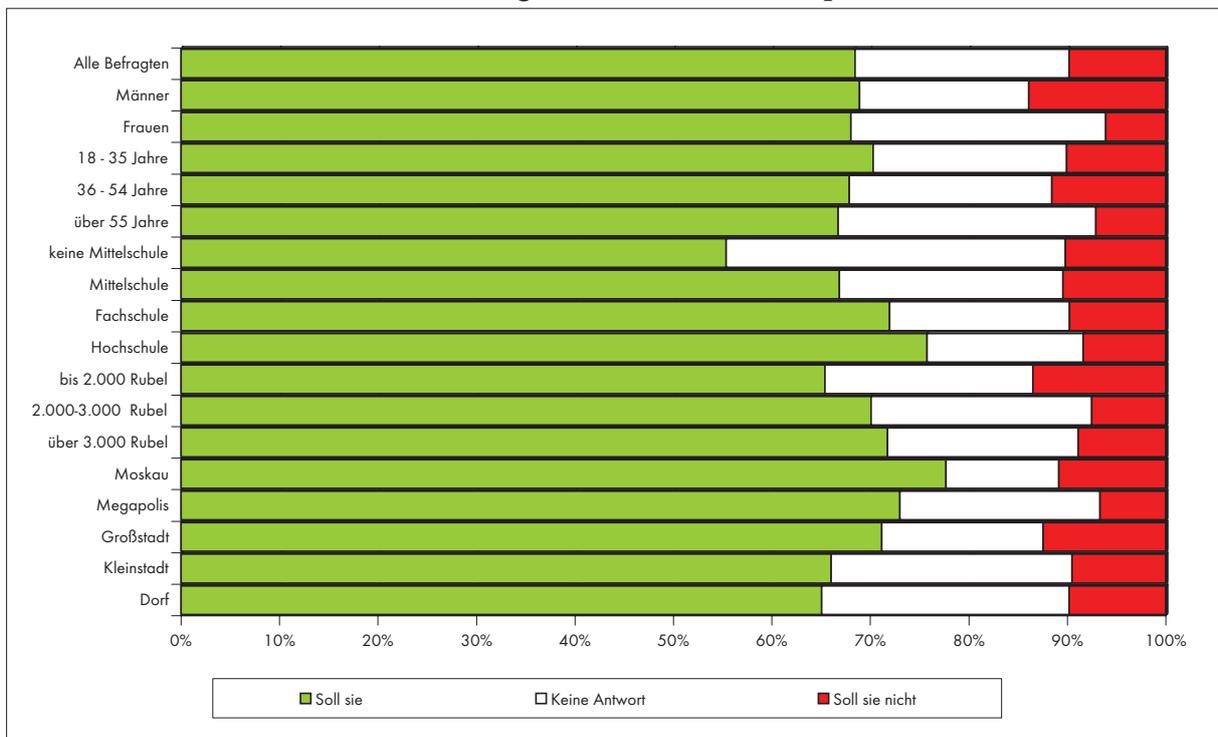
Sucht die russische Führung in letzter Zeit die Annäherung an die führenden europäischen Länder?



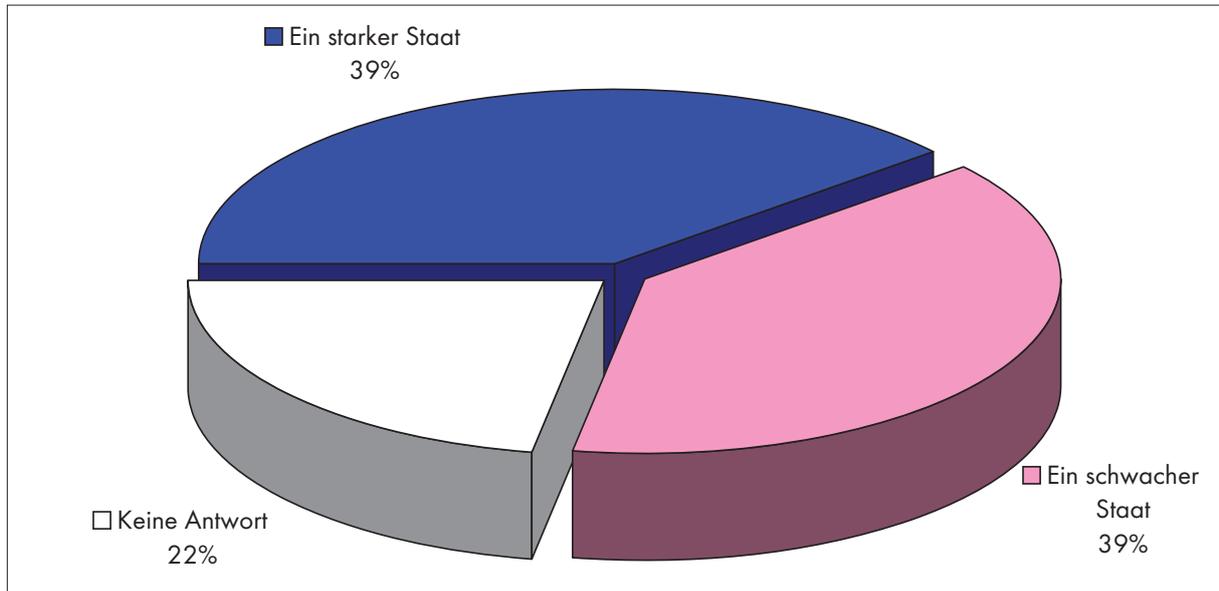
Suchen die führenden europäischen Länder in letzter Zeit die Annäherung an Russland?



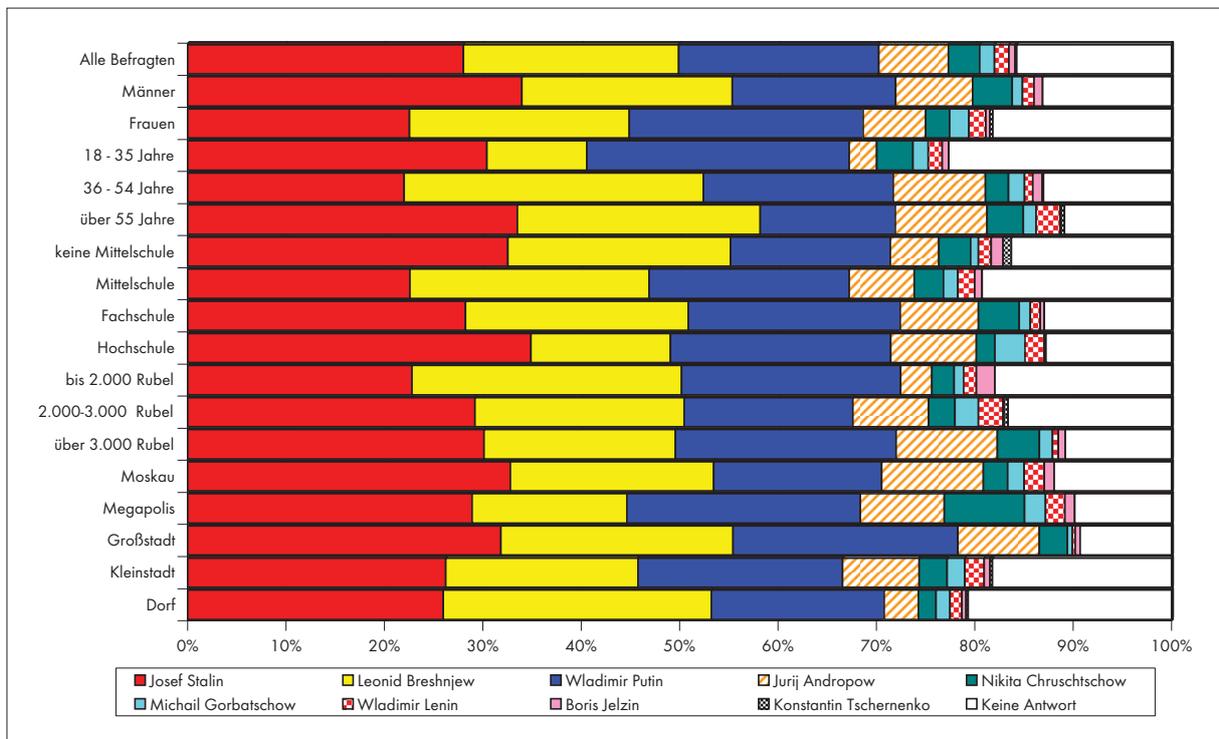
Soll die russische Politik die Annäherung an die führenden europäischen Länder suchen?



Ist Russland heute ein starker oder ein schwacher Staat?



Nennen Sie den Führer Russlands im 20. und 21. Jahrhundert, bei dem Russland als Staat am stärksten war.



Chronik
Vom 29. Juni bis zum 6. Juli 2006

29.6.2006	Treffen der Außenminister der G8-Staaten zur Vorbereitung des Petersburger G8-Gipfels. Auf der Tagesordnung stehen u.a. die Iranfrage, die Lage im Nahen Osten und Nordkorea. Angesprochen wurden auch Russlands Verhalten im GUS-Raum und die Entwicklung des politischen Systems.
29.6.2006	Der Erdgaskonzern „Gazprom“ teilt mit, dass er 51% des Unternehmens Sibneftegaz erworben hat. Sibneftegaz ist Besitzer des Erdgasfeldes Bergowoje, dessen Förderung stillliegt, da Gazprom Sibneftegaz den Zugang zum Pipeline-netz verweigerte.
29.6.2006	Präsident Putin empfängt seinen türkischen Amtskollegen Ahmet Necdet Seze und erörtert mit ihm Wirtschafts- und Energiefragen sowie die bilateralen Beziehungen.
30.6.2006	Der russische Verteidigungsminister Sergej Iwanow erklärt, dass ein ukrainisches Unternehmen in den Jahren 2000 und 2001 sechs Marschflugkörper vom Typ Ch-55 Granat (NATO-Bezeichnung AS-15 Kent) an den Iran und an China verkauft hat.
30.6.2006	Die Duma verabschiedet in dritter und letzter Lesung mit 347 gegen 82 Stimmen ein Gesetz, das bei Wahlen auf allen Ebenen die Option „Gegen alle“ zu stimmen abschafft.
30.6.2006	Die Duma beschließt die Zusammenlegung des Autonomen Bezirks der Korjaken und des Gebiets Kamtschatka zur Region Kamtschatka.
1.7.2006	Der russische Rubel ist vom heutigen Tag an eine voll konvertible Währung.
1.7.2006	Präsident Putin spricht vor Mitgliedern der Fraktion „Einiges Russland“ und betont die Notwendigkeit eines stabilen und ausgewogenen politischen Systems, in dem auch Opposition eine Rolle spielen soll.
1.7.2006	In Moskau werden zwei junge Armenier von Unbekannten in der Metro niedergestochen. Im Südwesten Moskaus werden zwei Usbeken von Unbekannten mit Messerstichen verletzt.
3.–5.7.2006	Über 200 führende Vertreter von Christentum, Judentum, Islam und Buddhismus aus 40 Ländern treffen in Moskau zum Welt-Gipfeltreffen der Religionen ein. Die Teilnehmer erörtern die Probleme dieser Welt und die Rolle der Religionen.
3.7.2006	In Moskau wird das internationale Forum von Nichtregierungsorganisationen „Grazhdanskaja Wosmjorka 2006“ (etwa: G8 der Zivilgesellschaften 2006) eröffnet, an dem 600 NGO-Vertreter aus 50 Ländern teilnehmen.
3.7.2006	Im Zentrum Moskaus fällt nach einem Kurzschluss in einer Verteilerstation für mehrere Stunden der Strom aus. 600 Gebäude sind betroffen. Das Feuer im Verteilergebäude wird von der Feuerwehr gelöscht.
4.7.2006	Die Duma verabschiedet in erster Lesung ein Gesetz, das dem Geheimdienst erlaubt, auf Befehl des Präsidenten auch außerhalb des Territoriums Russlands gegen Terroristen vorzugehen. Dies hatte Putin nach der Ermordung der russischen Botschaftsangehörigen im Irak angekündigt.
4.7.2006	In Jachrom bei Moskau wird ein Sprengstoffanschlag auf die örtliche Moschee verübt. Teile des Gotteshauses werden zerstört. Menschen kommen nicht zu Schaden.
4.7.2006	Bei der Ortschaft Awturi (Tschetschenien) gerät eine Militärkolonne in einen Hinterhalt. Mindestens fünf Soldaten werden getötet, 25 weitere verwundet.
5.7.2006	Die Duma verabschiedet ein Gesetz, das dem Erdgaskonzern „Gazprom“ das Monopol auf Erdgasexporte verleiht.
5.7.2006	Der neue Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka entlässt sechs seiner Stellvertreter, darunter den Hauptmilitärstaatsanwalt Alexander Sawenkow.
5.7.2006	Das russische Außenministerium bestellt den nordkoreanischen Botschafter ein, nachdem Nordkorea unter Verletzung des Siebenjahresmoratoriums für Raketenversuche mindestens sieben Testflugkörper gestartet hat. Die Raketen schlugen vor der Küste von Nachodka in russischen Hoheitsgewässern ein.
6.7.2006	Im Rahmen einer groß angelegten Internetkonferenz antwortet Putin auf Fragen von Internet-Nutzern. U.a. spricht er sich gegen die Legalisierung von Marihuana aus.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de